

die entscheidende Frage, die dem Kanzler das Ermittlungsverfahren wegen uneidlich falscher Aussage einbringen sollte. Es gab in dieser Passage der Vernehmung nicht „eine Reihe von verwirrenden Fragen“, und es ging auch nicht „kunterbunt“ zu, wie Kanzleramtsminister Wolfgang Schäuble letzte Woche glauben machen wollte. Schnarr redete langsam und verständlich.

Der Vorsitzende wollte erneut wissen, „ob Sie, Herr Bundeskanzler, als damaliger Ministerpräsident etwas davon wußten, daß diese Staatsbürgerliche Vereinigung, die in Koblenz ihren Sitz hatte, als Geld- und Spendenbeschaffungsanlage diente“.

Und auf diese klare und einfache Frage, die nach Geißlers Ansicht für den Kanzler „sehr kompliziert formuliert“ war, hat Kohl knapp und unmißverständlich geantwortet: „Nein!“

Dem „Nein“ folgten Ausführungen, die belegen, daß Kohl genau wußte, um was es an dieser Stelle seiner Vernehmung ging:

Ich kannte natürlich die Staatsbürgerliche Vereinigung. Denn ich selbst habe, wie andere, vor allem dann noch später als Parteivorsitzender, immer wieder auf Veranstaltungen gesprochen. Die Staatsbürgerliche Vereinigung hat immer, das heißt, das macht sie heute auch noch, Seminare veranstaltet, meistens im Hotel Dreesen in Godesberg, bei denen also praktisch alle wesentlichen Politiker der Bundesrepublik als Referenten, auch aus allen demokratischen Parteien, aufgetreten sind. Insofern kenne ich natürlich die Staatsbürgerliche Vereinigung; aber die Spendenpraxis und inwieweit das steuerlich relevant war oder nicht – das ist ja der Kern Ihrer Frage, wenn ich es richtig verstehe –

(Vorsitzender Schnarr: Ja!)

dazu kann ich nichts sagen.

Der pfälzische Christdemokrat, seit über zwölf Jahren Parteivorsitzender der CDU, verstieg sich sogar zu der Aussage, er habe erst „aus der Diskussion, die wir im parlamentarischen Untersuchungsausschuß in Bonn am Rande dieses Geschehens hatten“, von der „steuerlichen Behandlung der Staatsbürgerlichen Vereinigung“ erfahren.

Dabei belegen viele Dokumente, Aktennotizen und Kassenbelege, daß sich Kohl seit Mitte der sechziger Jahre als CDU-Fraktionsvorsitzender und als Ministerpräsident in Rheinland-Pfalz, als Bonner Oppositionschef und als Parteivorsitzender aktiv in den SV-Geldtransfer eingeschaltet und über die Verwendung von Millionensummen mit beraten hat. Als Kohls Berater hinterher das ausgeschriebene Protokoll studierten, begriffen sie offenkundig sofort, daß der Bundeskanzler mit seinem Nein eine folgenschwere Antwort gegeben hatte. Helmut Kohl mußte nachbessern.

„Bei der Durchsicht des Protokolls über meine Zeugenaussage“ schrieb er zwei Monate später dem Ausschußvor-

sitzenden Schnarr, sei ihm „aufgefallen“, daß seine Antwort „zu Mißdeutungen Anlaß geben könnte, sofern man die Antwort isoliert betrachtet“. Doch Kohl stellte nichts richtig, erklärte nicht, wo es „Mißdeutungen“ geben könnte. Er schwafelte und vernebelte – wie im Ausschuß.

Auf diesen Brief, so ist zu vermuten, werden Kohls Verteidiger gleichwohl in ihrer angekündigten Stellungnahme verweisen. Auch Minister Schäuble erinnerte letzte Woche an Kohls „schriftliche Beantwortung der ihm schriftlich übermittelten Fragen“, mit denen der Kanzler zugegeben habe, „daß die Staatsbürgerliche Vereinigung im Rahmen ihrer politischen Zielsetzung Parteien durch Spenden finanziell unterstützt hat“.

Das aber beantwortet nicht die vom Ausschuß gestellten Fragen und geht überdies am Kern der Sache vorbei: Über die wahre Funktion der Staatsbürgerlichen Vereinigung als „Geld- und Spendenbeschaffungsanlage“ (Ausschuß-Protokoll) hatte Kohl in seiner schriftlichen Einlassung nichts ausgesagt.

„Weiß ich nicht mehr“

Kanzler Kohls Auftritt vor dem Bonner Flick-Ausschuß

Der Zeuge Helmut Kohl war sich seiner Sache ganz sicher. Die „30 000 Mark“, sagte der Kanzler mit großer Bestimmtheit, „sind bei uns nicht eingetroffen“. Auf Fragen des Abgeordneten Otto Schily wies er immer wieder darauf hin, daß eine von Flick-Buchhalter Rudolf Diehl notierte Spende mit dem Datum 6. Dezember 1977 „von uns nicht vereinnahmt wurde“.

Reihum hatten den Regierungschef, am 7. November 1984 im kargen Sitzungssaal 1903 des Bonner Parlamentshochhauses, auch andere Mitglieder des Flick-Untersuchungsausschusses nach der Abwicklung dieser Zahlung gefragt.

Gönnerrhafte und mit einem Lächeln im Gesicht hatte Kohl noch anfangs seinen Parteifreund, den Ausschußvorsitzenden Manfred Langner, aufgeklärt: „Letzte Bemerkung: Da fehlt eine Summe von 30 000 Mark, die nach der Diehl-Liste an mich gegeben worden ist. Von dieser Summe weiß ich nichts. Das ist die Summe vom 6. 12. 1977.“

Langner: „Wegen 6. 12. 77 kann Herr Lütjhe* keinen Eingang feststellen?“

Kohl: „Nein. Wir wissen nichts davon. Aber nachdem die Liste offensichtlich viele Löcher aufweist, ist es durchaus denkbar, daß sie auch dieses Loch aufweist. Denn bei uns wäre es mit Sicherheit aufgenommen worden.“

Dem CDU-Abgeordneten Friedrich Bohl entgegnete er auf die Frage nach der „Nikolaus-Spende“, wie die Zahlung vom 6. Dezember 1977 unter Bonner Ausschußmitgliedern genannt wird, schon ein wenig unwirsch. „Ich habe ja gesagt: 30 000 Mark – das habe ich bei der ersten Einvernahme gesagt – fehlen, alles andere findet sich ja wieder.“

Seinen Kontrahenten Schily, der während der Vernehmung des Regierungschefs genüßlich ein dickes Stück Torte



Süddeutsche Zeitung

Saubermann Kohl: „Natürlich habe ich die Weste gewaschen – ob da Geld drin war, weiß ich nicht ...“

* Uwe Lütjhe, Generalbevollmächtigter der CDU-Schatzmeisterei.

aß, würdigte er keines Blickes. Penetrant hatte sich der Grüne nach dem Verbleib der 30 000 Mark erkundigt, und viermal antwortete der Regierungschef sichtlich unwillig, das Geld sei bei ihm nicht eingegangen.

Der Kanzler, dessen Haaransatz im Nacken nach der siebenstündigen Befragung schweißgeäbt war, wußte offenkundig genau, um welch heikle Angelegenheit es sich handelte.

Lange und intensiv hatte sich Helmut Kohl für diesen Auftritt vor dem Bonner Untersuchungsausschuß präparieren lassen. Die Vorbereitung schien ihm so wichtig, daß er keine Zeit fand, am

stellt, weil er die Weitergabe „an seine Partei nicht zu belegen vermag“.

Bei seiner Vernehmung vor der Bonner Staatsanwaltschaft am 5. Juli 1982 hatte der CDU-Vorsitzende zugegeben, von Flick Bargeld genommen zu haben. Er war besonders oft und auch mit großen Summen ausgestattet worden. Daß es insgesamt 565 000 Mark waren, die Diehl zwischen 1974 und 1980 eintrug, war Kohl allerdings „völlig unbekannt“.

Weil Unterlagen aus früheren Jahren fehlten, vermochte Kohl „über Einzelheiten aus der Erinnerung keine genauen Angaben zu machen“.



Duzfreunde von Brauchitsch, Kohl: „Gemütliches Zusammentreffen“

Begräbnis der indischen Ministerpräsidentin Indira Gandhi teilzunehmen.

Die Aktenlage kannte Kohl genau. Manchmal sogar nahm er die Fragen des Vorsitzenden vorweg. Seine Formulierungen waren oft absichernd nebulös, 79mal hatte der Kanzler Gedächtnislücken. „Meine Antwort“, sagt er dann, „kann doch korrekterweise nur lauten: weiß ich nicht mehr.“

Warum Helmut Kohl aber bei den strittigen 30 000 Mark so bestimmt und zweifelsfrei sagen konnte, daß diese Summe nicht geflossen sei, beschäftigt jetzt die Staatsanwaltschaft. „Es ist denkbar“, schrieb Schily in seiner Strafanzeige den Bonner Ermittlern, daß Kohl den Zahlungseingang in Abrede

Zweieinhalb Monate nach seiner Vernehmung, neun Tage vor seiner Wahl zum Bundeskanzler, präzisierte der CDU-Vorsitzende seine Aussage. In einem Brief an die Staatsanwaltschaft führte er nach Rücksprache mit der CDU-Schatzmeisterei aus, drei Bareinzahlungen aus den Jahren 1977, 1979 und 1980 in Höhe von insgesamt 155 000 Mark seien eingegangen – doch die 30 000 Mark, die Diehl eingetragen hatte, waren nicht dabei.

Einer der beiden Staatsanwälte, die ihn damals vernommen hatten, war der Flick-Spezialist Martin Dettmann. Er prüft jetzt auch die Schlüssigkeit der Schily-Strafanzeige. Dettmann kann sich auf zahlreiche Indizien stützen. Auf keine andere Summe gibt es in den Ermittlungsakten so eindeutige Hinweise wie

auf die 30 000 Mark vom 6. Dezember 1977.

Unter diesem Datum findet sich in den Flick-Unterlagen der Eintrag: „Barabhebung für Kasse Diehl“ bei der Deutschen Bank, 60 000 Mark.

Der Buchhalter Diehl vermerkte am selben Tag unter der Rubrik „Inoffizielle Zahlungen“:

6. 12.	vB wg. Kohl	30 000 DM
6. 12.	vB wg. Graf Lambsdorff	30 000 DM

Parallel dazu quittierte der Flick-Manager Eberhard von Brauchitsch am 6. Dezember 1977 den Empfang eines Barbetrages in Höhe von 60 000 Mark. Diehl vermerkte auf der Rückseite der Quittung „30 Ko 30 GrLa*“, ins Kassensbuch trug er ein: „vB wg. Kohl und Lambsdorff 60 000“.

Um die Indizien-Kette noch dichter zu schließen, wies Schily in der vorigen Woche den Bonner Staatsanwalt Dettmann auf die erste große Schutzschrift des Brauchitsch-Anwalts Reinhold C. Vester hin.

In diesem 122 Seiten langen Schriftsatz vom 7. Dezember 1982 hatte der Verteidiger die Verlässlichkeit einiger Diehl-Eintragungen bezweifelt. So erklärte er, abweichend von der Anklageschrift der Staatsanwaltschaft, die angebliche Lambsdorff-Zahlung vom 6. Dezember 1977 sei nicht an den Grafen, sondern an den früheren FDP-Schatzmeister Heinz Herbert Karry gegangen. Die angebliche Kohl-Zahlung jedoch hat von Brauchitsch nicht beanstanden lassen.

Kohls Duzfreund von Brauchitsch hat vor dem Bonner Landgericht gleich zwei mögliche Übergabe-Termine für die 30 000 Mark genannt:

- ▷ Entweder habe er das Geld bei einer Jagd im Hunsrück direkt an Kohl gegeben. Brauchitsch: „Es war ein gemütliches Zusammentreffen aller Schichten“, dort könne auch eine Geldübergabe stattgefunden haben. Kohl dagegen: „Es entspricht nicht der Lebenserfahrung, bei solchen Gelegenheiten das zu machen.“
- ▷ Oder das Geld ging, zweite Möglichkeit, an seine Vertraute Juliane Weber, damals wie heute seine persönliche Referentin.

Kohls Abwiegeln hängt womöglich damit zusammen, daß er seine Vertraute vor kompromittierenden Nachforschungen schützen wollte. Denn bei seiner Zeugenaussage konnte der Kanzler nicht wissen, was von Brauchitsch im Dezember 1985 vor dem Bonner Landgericht über Juliane Weber enthüllen sollte: „Sie hat schon mal für Herrn Kohl Geld empfangen.“

Das hatte der Kanzler vor dem Untersuchungsausschuß verschwiegen.

Nach Kohls Darstellung war in der Regel von Brauchitsch der Geldlieferant. Der Manager habe „aus seinen Gründen den Weg gewählt, diese Spen-

* Gemeint ist wohl Graf Lambsdorff.

den bar zu überbringen“. Der Kanzler in der Vernehmung: „Ich habe mit dem Haus Flick in diesem Zusammenhang ausschließlich mit Herrn von Brauchitsch zu tun gehabt.“ Kohl wörtlich:

Wenn Herr von Brauchitsch zu mir kam aus irgendeinem Besprechungsgrund, und ich hatte ihn immer wieder, wie andere auch, gebeten, uns zu unterstützen, und dann kam er, und dann hat er einen Betrag in einem Kuvert mitgebracht, und den habe ich entgegengenommen und mich bedankt und habe ihn weggeschlossen und bei nächster Gelegenheit dann an die Schatzmeisterei weitergeleitet.

Nur einmal deutete der Kanzler in seiner Vernehmung an, daß außer Brauchitsch mitunter auch ein Geldbote das Bare brachte. Kohl: „Wenn er kam oder jemanden vorbeischickte, hat er diese Spenden mir übergeben.“

Weil Kohl im Ausschuß kein Wort über die Botentätigkeit Juliane Webers verlor, sieht Schily den Vorwurf der Falschaussage auch in diesem Punkt begründet. „Daß Dr. Kohl die Beteiligung seiner langjährigen Mitarbeiterin Juliane Weber beim Spendeninkasso verschwiegen hat“, so Schily, „läßt nur den Schluß auf eine vorsätzliche Handlungsweise zu.“

Diehls Eintragungen und vertrauliche Notizen aus Brauchitschs Terminkalender weisen bei der sogenannten Nikolaus-Spende, die Kohl mit so großer Verve bestritten hat, auf die Geldbotin Juliane Weber hin:

▷ Am 5. Dezember 1977 schreibt eine Brauchitsch-Sekretärin die Notiz: „Frau Weber/Sekr. Kohl, fragt an, ob es Ihnen recht ist, wenn sie morgen, Dienstag, 6. 12., gegen 16 Uhr bei Ihnen kurz vorbeikommt.“ Am selben Tag notiert Diehl: „30 000 DM wg. Kohl.“

Schily vermutet, daß Juliane Weber mindestens vier weitere Male die Düsseldorf Flick-Zentrale als Geldbotin besucht hat – Besuche, von denen der Kanzler angeblich nichts wußte:

▷ Am 2. September 1975 heißt es in einem Vermerk: „Min. Prä. Kohl wird gegen Mittag wieder anrufen/h.“ Am selben Tag verzeichnet das Sekretariat von Brauchitsch um 19.35 Uhr einen Anruf von Kohl. Diehl trägt unter dem Datum vom 3. September 1975 ein: „Ka* wg. Kohl ü/vB 50 000.“ Am 4. September ist im Brauchitsch-Kalender ein Besuch Juliane Webers eingetragen.

▷ Unter dem 13. Juli 1976 schreibt Diehl in seine Liste 50 000 Mark „wg. Kohl“. Einen Tag später verzeichnet eine Brauchitsch-Sekretärin um 9.20 Uhr einen Anruf von Kohl. Im Kalender des Flick-Managers steht am 15. Juli 1976 der Besuch von Frau Weber.

* Flick-Gesellschafter Konrad Kaletsch, 1978 gestorben.

„So leischt krie'sche en Bläckaut“

Als „Schorsch“ und „Lensch“, ein Pfälzer Ehepaar, haben die Südwestfunk-Journalisten Walter Schumacher, 36, und Judith Kaufmann, 36, am vergangenen Donnerstag in der SWF-Sendung „Funktouche“ den Fernseh-Auftritt des CDU-Generalsekretärs Heiner Geißler glossiert:

Lensch: Schorsch!

Schorsch: Lensche?

Lensch: War'sche wider in de Wertschaft? Ja oder nää?

Schorsch: Nää!

Lensch: Hä?

Schorsch: Klar un deutlich: nein!

Lensch: 's Lisbeth hot disch awwer g'sieh!

Schorsch: So?

Lensch: Un de Frenz hot mer's g'saat.

Schorsch: So?

Lensch: Un doi Jack' riescht noch Wertschaft.

Schorsch: So?

Lensch: Un 's fehlen acht Mark verzisch in doim Geldbeitel.

Schorsch: So?

Lensch: Un debai hasches em Dok-der un mir g'saat, daß des Wertschausgehe uffhört.

Schorsch: Do muß isch en Bläckaut g'hatt honn.

Lensch: En was?

Schorsch: En Bläckaut.

Lensch: Wo hasche donn so e schweres Wort her?

Schorsch: Geschtern. Vun „heute“.

Lensch: Hä?

Schorsch: „Heute“. Geschtern owend. Im ZDF. Wu de Geißlers Hoiner mit em Schilys Otto gescholl* hat.

Lensch: Un?

Schorsch: Ei, der äänd hot g'saat, de anner hätt gemäänt, er hätt g'saat, wie er „Nää“ g'saat hat, hätt' er „Ja“ gemäänt, un des hätt' er gemäänt, weil er g'saat hat, hat er g'saat, die hätten all mitanner so durschenanner gebabbelt, in Määnz.

Lensch: Ja?

Schorsch: Nää – ja! Un jetzt duscht du disch dabber (schnell) entschuldische, des hot de Geißlers Hoiner vum Schilys Otto aa verlangt.

Lensch: Ja? – Nää!

Schorsch: Sieh'sche – so leischt krie'sche en Bläckaut.

* gescholten, geschimpft.

▷ Am 10. Mai 1977 vermerkt Diehl eine Zahlung von 50 000 Mark, wiederum, „wg. Kohl“. Juliane Weber kommt, laut Kalender, am 12. Mai.

▷ Am 17. Januar 1979 um 19 Uhr und am 18. Januar um 14.45 Uhr vermerkt eine Brauchitsch-Mitarbeiterin Anrufe von Helmut Kohl. Flick-Buchhalter Diehl trägt unter dem 19. Januar „wg. Kohl 30 000 DM“ ein. Am selben Tag schreibt eine Sekretärin im Tageskalender von Brauchitsch für 11.30 Uhr den Besuch von Kohl-Gehilfin Weber ein.

Beistand gewährte dem Kanzler letzte Woche der Angeklagte von Brauchitsch, der den desavouierenden Hinweis auf die Kohl-Gehilfin Weber selber gegeben hatte. Er wolle sich zwar nicht vorzeitig äußern, so Brauchitsch während einer Verhandlungspause im Bonner Landgericht, denn er müsse damit rechnen, „als Zeuge vernommen zu werden“.

Aber dann äußerte er sich doch: „Im Untersuchungsausschuß hat keiner den Bundeskanzler gefragt, wer denn der Bote gewesen sei. Daher kann man ihm kein Fehlverhalten anlasten.“ Schily ist anderer Ansicht. „Auch das Verschweigen von Tatsachen“, so der Grüne, „ist eine Falschaussage.“

Rätselhaft blieb nach Kohls Vernehmung auch der Verbleib von weiteren 25 000 Mark. Nach den Aussagen von Brauchitschs und den Notizen des Buchhalters Diehl hat der CDU-Vorsitzende im August 1978 einen Betrag in dieser Höhe erhalten. Im März 1979 wurden, wie Brauchitsch in seiner Schutzschrift ausführte, zwei Zahlungen über 30 000 Mark und 25 000 Mark an Kohl ausgehändigt.

In der CDU-Schatzmeisterei hat Kohl am 9. März 1979 aber statt 80 000 Mark nur 55 000 Mark abgeliefert.

Der Kanzler wartete vor dem Ausschuß mit zwei Varianten auf.

Erste Version: Er habe die 55 000 Mark 1979 erhalten und abgeliefert. Wenn diese Darstellung Kohls zutrifft, sind die 25 000 Mark vom August 1978 verschwunden.

Zweite Version: Möglich sei auch, daß er 25 000 Mark im Sommer 1978 und 30 000 Mark 1979 bekommen habe. Wenn diese Einlassung Kohls korrekt ist, stimmt die Erklärung von Brauchitschs nicht, und Kohl hätte 25 000 Mark sieben Monate lang bei sich liegen lassen.

Nach beiden Versionen ist nur eines klar: weitere 25 000 Mark fehlen.